

# Vereinheitlichung des Schulkalenders

Sabine Giunta (GBW/FLC) im Gespräch.

**Warum ist der Schulkalender ein wichtiger Bestand der Schulautonomie?**

**Sabine Giunta:** Der autonomen Schule steht die didaktische und organisatorische Autonomie zu. Didaktik und Organisation sind eng verflochten, die Organisation ist der Rahmen, der eine bestimmte Art von Didaktik überhaupt ermöglicht. Es ist eindeutig, dass ein 5-Tage-Unterricht anders sein wird als ein 6-Tage-Unterricht.

**Sind Sie gegen die 5-Tage-Woche?**

Im Prinzip sind wir nicht gegen die 5-Tage-Woche oder für die 6-Tage-Woche. Wir sind dafür, dass jede Schule autonom entscheidet, welches Modell besser für sie passt. Diese Entscheidung steht dem Schulrat zu, wo Eltern, Lehrpersonen und StudentInnen der Oberschule vertreten sind. Diskussionen, wenn auch erhitzt, sind

Humus jeder Demokratie.

**Welche Probleme würde ein einheitlicher Kalender mit sich bringen?**

Ein einheitlicher Kalender für alle Schulen vom Kindergarten bis zur Oberschule wäre nicht nur ein didaktischer Unsinn, er würde große organisatorische Probleme in den Raum stellen: Ausspeisung, Transporte, Spezialräume, die für alle gleichzeitig zur Verfügung stehen müssen, würden zu Mehrkosten führen.

**Welche Folgen hätte eine Erhöhung der Unterrichtswochen?**

Die Erhöhung der Unterrichtswochen würde Terminschwierigkeiten vorbereiten: Es gibt Termine auf gesamtstaatlicher Ebene, die einzuhalten sind. Außerdem werden bei Prüfungen jeglicher Art Lehrpersonen eingesetzt, die gleichzeitig nicht unter-



richten können.

**Schule bedeutet nicht nur Unterricht, sondern auch Planung und Vorbereitung, Korrekturen und Fortbildungen, Gespräche und Beratung. Wann soll diese unabdingbare Arbeit geleistet werden?**

Die Qualität der Lehrperson kann unter den falschen Arbeitsbedingungen schnell verloren gehen und mit ihr auch der Bildungserfolg des Schülers. Die Verdichtung der Arbeitszeit in einer 5-Tage-Woche gekoppelt mit der Erhöhung der Unterrichtswochen würde eine beträchtliche Zunahme der Arbeitsbelastung bedeuten. Die Apollis Studie hatte 2006 eruiert, dass der Belastungsgrad der Lehrpersonen aller Schulstufen schon sehr hoch war und der Arbeitsaufwand über der Regelarbeitszeit eines normalen Landesbediensteten lag. Nach den Reformen der Unter- und Oberstufe arbeiten die Lehrpersonen noch intensiver; eine weitere Zunahme ist nicht an-

nehmbar.

**Wäre die Reduzierung der Unterrichtszeit eine Lösung?**

Mit den Reformen wurden die Lehrpläne schon entrümpelt. Der Vorschlag einer Reduzierung der Unterrichtsstunden muss dem Bildungsauftrag der Schule gerecht sein. Wenn in der Schule nicht nur lesen, rechnen und schreiben gelehrt werden soll, sondern Kompetenzen in mehreren Sprachen, Kooperation, Kritikfähigkeit, Kreativität, usw. dann sollte man sich schon fragen, wie das in kürzerer Zeit geschehen kann.

**Sollte die Schule andere Tätigkeiten in ihren Stundenplan anerkennen?**

In der verpflichtenden Schulzeit sollen nur ausgebildete Lehrpersonen einen guten Unterricht anbieten. Schule kann nicht alles tun: Experten ohne pädagogische Ausbildung sind wichtige Ressourcen für den Wahlbereich und außerhalb der Schulzeit.

Familie und IRPEF-Zusatzsteuer:

## Ungerechte Regelung der Landesverwaltung

„Es ist notwendig, Maßnahmen zugunsten der Südtiroler Familien zu setzen und zwar in den Bereichen Dienstleistungen für die Familien, Kinderhorte, ganztägig Angebote in den Kindergärten und der Volksschule, Anhebung des Familiengeldes. Für die Familien sollte dabei für alle Leistungen des Landes eine ihrer Einkommen- und Vermögensverhältnissen entsprechende Kostenbeteiligung vorgesehen werden. Die Einkommens- und Vermögenssituation sollte anhand der EEEV-DURP Erklärung festgestellt werden.“

Dies ist der Standpunkt des AGB/CGIL anlässlich der Konferenz zum Thema Familie, welche Landesrat Richard Theiner in Stern am Ritten abgehalten hatte. Der AGB/CGIL wird dabei ein Dokument vorlegen, welches notwendige Maßnahmen enthält sowie auf eine schwere Ungerechtigkeit in der derzeitigen Regelung im Zusammenhang mit der Befreiung von der zusätzlichen regionalen IRPEF-Steuer aufzeigt. „Das von der Landesverwaltung angewandte System für die Befreiung von der IRPEF-Steuer begünstigt vor allem Familien mit mittlere bis hohem Einkommen“ bemängelt Lorenzo Sola, Generalsekretär des AGB/CGIL. Die derzeitige Regelung sieht nämlich eine Befreiung für Jahreseinkommen unter 15.000 Euro vor sowie eine Befreiung auf der Basis der zu Lasten lebenden Kinder, unabhängig vom Einkommen bzw. mit einer Einkommensgrenze die bei ca. 75.000 Euro pro Jahr liegt. Eine solche Regelung kann dazu führen, dass Familie bestehend aus zwei Personen und einem Jahreseinkommen von 16.000 Euro von der IRPEF-Steuerbegünstigung ausgeschlossen wird. Diese Einkommenssituation entspricht typischerweise jener von Rentnern und Arbeitern in bestimmten Bereichen mit geringen Löhnen, die ohnehin schon nahe an der Armutsgrenze leben. Gleichzeitig würde aber eine Familie mit zwei zu Lasten lebenden Kindern und zwei Jahreseinkommen von jeweils 70.000 Euro einen Steuerabzug von 504,00 erhalten. Für den AGB/CGIL wäre im Zusammenhang mit der Befreiung von der zusätzlichen regionalen IRPEF-Steuer auch eine Kompromisslösung annehmbar, welche eine Anhebung der Einkommensgrenzen für alle vorsieht und welche das Ausmaß der Steuerbefreiung nach Einkommen staffelt.

### Karneval in Kenya „Jumbo Club Watamu“

Vom 19. bis  
27. Februar 2012.  
Iles Inklusive.

Reisebus ab Meran  
und Bozen.

Versicherung:  
Krankenversicherung,  
Gepäck und  
Reiserücktritt.



**BAUZANUMTOUR**

Bozen - Romstraße 75 - Tel. 0471/916397  
www.bauzanumtour.it - info@bauzanumtour.it  
Meran - Otto-Huber-Str. 52 - Tel. 0473/221040  
meran@bauzanumtour.it